

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Recht und
Verbraucherschutz

Kurzprotokoll der 71. Sitzung

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Berlin, den 14. Oktober 2015, 09:00 Uhr

Berlin, Paul-Löbe-Haus, Saal 2.600

Vorsitz: Renate Künast, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 18

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und
SPD

**Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des
Bundeszentralregistergesetzes**

BT-Drucksache 18/6186

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Innenausschuss

Verteidigungsausschuss

Ausschuss Digitale Agenda

Berichterstatter/in:

Abg. Reinhard Grindel [CDU/CSU]

Abg. Dr. Johannes Fechner [SPD]

Abg. Halina Wawzyniak [DIE LINKE.]

Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Tagesordnungspunkt 2

Seite 18

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der
Korruption**

BT-Drucksache 18/4350

Federführend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Mitberatend:

Innenausschuss

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung



Tagesordnungspunkt 19 **Seite 30**

Bericht der Bundesregierung zu den verbraucherrechtlichen Auswirkungen, den zivilrechtlichen Ansprüchen und den rechtlichen Konsequenzen des aktuellen VW-Skandals und Gespräch mit dem Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands e. V. (vzbv), Klaus Müller

Tagesordnungspunkt 20 **Seite 31**

Nachbericht des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

- zum Rat Justiz und Inneres am 8./9. Oktober 2015

insbesondere zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Errichtung der Europäischen Staatsanwaltschaft

KOM(2013)534 endg.; Ratsdok.-Nr. 12558/13

- zum Rat Wettbewerbsfähigkeit am 1./2. Oktober 2015

Tagesordnungspunkt 21 **Seite 34**

Sammelliste (ohne Aussprache)

- a) **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung eines Rahmens für die Energieeffizienzkennzeichnung und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/30/EU**

KOM(2015)341 endg.; Ratsdok.-Nr. 11012/15

Federführend:

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- Protokollauszug zu Top 19 -



Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

Tagesordnungspunkt 19

Bericht der Bundesregierung zu den verbraucherrechtlichen Auswirkungen, den zivilrechtlichen Ansprüchen und den rechtlichen Konsequenzen des aktuellen VW-Skandals und Gespräch mit dem Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands e. V. (vzbv), Klaus Müller

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt
Abg. **Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU)

- Protokollauszug zu Top 19 -



Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

für ihre Fraktion, den Tagesordnungspunkt 19 von der Tagesordnung abzusetzen Ihre Fraktion sehe im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz weiterhin keinen Beratungsbedarf zu diesem Tagesordnungspunkt. Die politisch relevanten Aspekte seien anderen Ausschüssen vorbehalten. Dem schließt sich Abg. **Dr. Johannes Fechner** (SPD) für seine Fraktion an. Eine ausreichende Grundlage für eine Diskussion fehle noch, da der Umfang des gesetzgeberischen Handlungsbedarfs derzeit noch nicht absehbar sei.

Abg. **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich dafür aus, den Antrag auf Absetzung abzulehnen. Mit dem Gegenstand des Tagesordnungspunktes beschäftigten sich mehrere zuständige Ausschüsse und Gremien, bis hin zum Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika oder dem niedersächsischen Landtag. Der im Bundestag zuständige Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz sei der einzige Ausschuss, dem noch nicht berichtet worden sei.

Abg. **Caren Lay** (DIE LINKE.) äußert Verwunderung über den Antrag der Fraktion der CDU/CSU. Die Verbraucherrelevanz des Themas sei klar ersichtlich, die Täuschung der Verbraucher durch den Volkswagen-Konzern bzw. dessen Leitung liege auf der Hand. Deshalb müsse dies debattiert werden. Sie appelliert an die Koalitionsfraktionen, dem Begehren der Oppositionsfraktionen zu genügen und eine Diskussion zuzulassen. Mit dem Vorstand der vzbv, Klaus Müller, habe man einen kompetenten Gesprächspartner eingeladen. Der fachpolitischen Arbeit im Ausschuss käme eine Debatte jedenfalls zugute.

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz beschließt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Absetzung des Berichts der Bundesregierung.